

Polonicus-Preis ging auch an Polens Ex-Präsident Lech Walesa Werner Jostmeier für sein deutsch-polnisches Engagement in Aachen geehrt



Sichtlich gerührt nahm Werner Jostmeier den Preis in Aachen entgegen

Aachen. Für sein langjähriges Engagement im Bereich der deutsch-polnischen Verständigung wurde der ehemalige Beauftragte der CDU-Landtagsfraktion für Vertriebene, Aussiedler sowie deutsche Minderheiten Werner Jostmeier mit dem Polonicus-Preis geehrt. Der Preis wird vom europäischen Verband der Polonia-Organisationen vergeben. Dabei wurde insbesondere Jostmeiers Engagement als Vorsitzender der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe im Landtag NRW gewürdigt. In ihrer Laudatio nannte Roma Stacherska-

Jung die Wurzeln für Werner Jostmeiers Interesse an deutsch-polnischen Beziehungen: „Werner Jostmeier ist fünf Jahre nach dem Ende des II. Weltkrieges geboren. Jedoch gerade der II. Weltkrieg mit seinen schrecklichen Folgen führte

dazu, dass der junge Jura-Student sich in Danzig für sein Leben vorgenommen hat, alles darauf zu setzen, die traurige deutsch-polnische Geschichte ins Positive umzukehren und in eine neue Zukunft mit zu lenken. Dies war zugegebenermaßen in der Realität des Jahres 1975 sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch im kommunistischen Polen keine leichte Aufgabe.“

Ein weiterer, prominenter Preisträger war Lech Walesa. Der Führer der „Solidarnosc“ war nach der politischen Wende erster frei gewählter Präsident Polens.



Gruppenbild der Preisträger mit Polens Ex-Präsident Lech Walesa (2 v.r.)

Charakter des Nationalen Gedenktages erhalten

Düsseldorf/Berlin. In einem persönlichen Brief an Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat Werner Jostmeier appelliert, „gemeinsam dafür einzutreten, dass der Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung, Vergewaltigung, Entrechtung, Missbrauch und Enteignung des eigenen Volkes nicht relativiert oder von bestimmten politischen und gesellschaftlichen Kreisen wieder ausgehöhlt

wird.“ Man könne einen Aktionstag der Vereinten Nationen, welcher der Weltflüchtlingstag ist, nicht mit dem Nationalen Gedenktag



Thomas de Maizière (re.) mit Klaus Johannis bei der Gedenkstunde

bis zur Deckungsgleichheit vermengen, so der ehemalige vertriebenenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW.

Hintergrund war die Tatsache, dass beim diesjährigen Festakt in Berlin kein Zeitzeuge aus dem Bereich der deutschen Vertriebenen gesprochen hat. Das Zeitzeugengespräch fand lediglich außerhalb der festlichen Gedenkstunde statt.

OMV NRW trauert: Joachim Kardinal Meisner verstorben

Köln. Die OMV der CDU NRW trauert um Joachim Kardinal Meisner. Der langjährige Erzbischof von Köln verstarb am 5. Juli 2017 in seinem Urlaubsort Bad Füssing. Meisner wurde am ersten Weihnachtstag des Jahres 1933 in Lissa (Breslau)/Niederschlesien geboren und wurde 1945 mit seiner Familie vertrieben. Joachim Meisner studierte Theologie in Erfurt, wo er dann auch Weihbischof wurde. Seine weiteren Stationen führten ihn nach Berlin und letztlich nach Köln. OMV-Chef Heiko Hendriks: „Mit Joachim Meisner verlieren wir einen großen, geradlinigen Landsmann und vor allem einen Freund der Vertriebenen.“



Joachim Kardinal Meisner

IMPRESSUM

Herausgeber:
OMV der CDU NRW
Verantwortlich i.S.d.P.:
Sebastian Wladarz
Wasserstraße 6
40213 Düsseldorf
Telefon: (0211) 1360092
Mail: sebastian.wladarz@cdu.nrw

Mehr über uns und unsere Politik erfahren Sie auf unserer Homepage:
www.OMV-NRW.de
Twitter:
[@OMVNRW](https://twitter.com/OMVNRW)

Informationsmagazin der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen | Ausgabe 02/2017

UNSERE POLITIK
Für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten
OMV NRW bietet wieder Zielgruppenflyer für Wahlkampf an ...Seite 2

Rentensituation der Spätaussiedler im Regierungsprogramm ...Seite 3

Werner Jostmeier für Völkerverständigung ausgezeichnet ...Seite 4

Wahlsieg: Armin Laschet ist neuer Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen! Zentrale Forderungen der OMV NRW stehen im Koalitionsvertrag der „NRW-Koalition“



CDU-Chef Armin Laschet war strahlender Sieger am Abend der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf. Am Ende war es doch eine faustdicke Überraschung. Stärkste Partei wollte man werden und den Regierungschef stellen. Dass es auf Anhieb für eine NRW-Koalition mit der FDP reichen würde, das hatten wohl die Wenigsten auf der Rechnung. Doch das Scheitern der Linken an der Fünf-Prozent-Hürde brachte der CDU und FDP eine knappe Mehrheit. Seit dem 27. Juni heißt der neue Ministerpräsident also Armin Laschet.

für Landeschef Heiko Hendriks nicht gereicht. Trotz eines fast 9%igen Erststimmenzuwachses hat es gegen die amtierende und „zuhaus“ immer noch beliebte Ministerpräsidentin nicht gereicht.

Mit den Koalitionsverhand-

lungen könne auch die OMV der CDU NRW recht zufrieden sein. „Viele wichtige Punkte, die wir in das Wahlprogramm der CDU NRW eingebracht haben, finden sich nun im Koalitionsvertrag wieder. Allen voran die Erinnerungsstätte in Unna-Massen“, sagt



Für Heiko Hendriks hat es trotz Stimmenzuwachs nicht gereicht



Rüdiger Scholz schaffte als Direktkandidat den Einzug in den Landtag

Heiko Hendriks, der den Vertrag im Bereich Vertriebene und Aussiedler für die CDU mitverhandelt hat. Weiterhin bekenne sich die Landesregierung klar zu den Patenlandmannschaften der Siebenbürger und Oberschlesier sowie zur institutionellen Förderung der Einrichtungen der Vertriebenen und Aussiedler. Für diese Zielgruppen soll auch ein zentraler Ansprechpartner im Ministerium verankert werden und als Schnittstelle dienen. Zum ersten Mal sei auch die deutsche Minderheit in Oberschlesien erwähnt. Diese solle im Rahmen der europäischen Partnerschaft mit der oberschlesischen Woiwodschaft Schlesien (regionales Weimarer Dreieck) eingebunden werden.

Auch die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen wolle die NRW-Koalition anpacken. „Wir wollen die Anerkennungsgesetze weiter vereinfachen und die Anerkennungsverfahren, insbesondere für Spätaussiedler, besser organisieren. Jeder soll Zugang zu kostenfreier Beratung im Anerkennungsprozess haben“, erklärt der OMV-Landeschef sichtlich zufrieden.

Aus dem OMV Landesvorstand wurde Schatzmeister Rüdiger Scholz erstmalig direkt in den Landtag gewählt (Leverkusen). Leider hat es

**UNSER SERVICE FÜR
KREISVERBÄNDE:
ZIELGRUPPENFLYER**

Die OMV NRW bietet den CDU-Kreisverbänden für die kommende Bundestagswahl wieder ihren Service an. Dabei handelt es sich um zielgruppenspezifische Flugblätter und Leporellos, mit denen die Kandidaten vor Ort gezielt Vertriebene und Aussiedler ansprechen können. „Zum einen bieten wir einen zielgruppenspezifischen Leporello an, in dem wir die Auszüge aus dem Regierungsprogramm der Unionsparteien und unsere Kandidaten vorstellen. Daneben haben wir ein Flugblatt mit der Bilanz der Unionsparteien aus der letzten Legislaturperiode zusammengestellt“, erklärt OMV-Landeschef Heiko Hendriks. Die Materialien eignen sich gut für den Canvassingwahlkampf und wurden sogar schon als Vorlage von anderen CDU-Landesverbänden für den eigenen Wahlkampf angefordert.



Die Kandidaten der OMV NRW für die Bundestagswahl im Kurzportrait
Helmut Nowak und Heinrich Zertik wollen wieder in den Deutschen Bundestag einziehen



Helmut Nowak ist einziger noch in den Heimatgebieten geborener MdB

An dieser Stelle möchten wir Ihnen unsere Kandidaten für die Bundestagswahl gerne kurz vorstellen.

Geboren in Beuthen (Oberschlesien) ist **Helmut Nowak** einziger noch in den Heimatgebieten geborener Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Bei der Bundestagswahl 2013 ist er erstmalig über die Landesliste der CDU NRW in den Deutschen Bundestag eingezogen. Seitdem hat er sich in der Gruppe der Vertriebenen und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion engagiert und Projekte in seiner Heimat unterstützt. Als OMV-Spit-

zenkandidat möchte er seinen Wahlkreis Leverkusen/Köln-Mülheim bei der kommenden Bundestagswahl direkt gewinnen.

Als Angehöriger der deutschen Minderheit in Südkasachstan kam **Heinrich Zertik** 1989 nach Deutsch-

land. Bereits 1991 trat er in seiner lippischen Heimat der CDU bei. Seitdem ist er dort in vielen Funktionen engagiert. Sein besonderes Augenmerk schenkt der Vorsitzende des Vereins Freundschaft-Druschba e.V. den Spätaussiedlern aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Bei der Bundestagswahl 2013 zog Zertik über die Landesliste als erster Deutscher aus Russland in den Deutschen Bundestag ein, wo er insbesondere die Anliegen seiner Landsleute vertritt.

Informationen:
www.helmutnowak.de
www.zertik.de



Heinrich Zertik ist der erste Deutsche aus Russland im Bundesparlament

Spätaussiedlerrente im Regierungsprogramm der Union

Düsseldorf/Berlin. Der Antrag der OMV NRW beim CDU-Landesparteitag im April 2017 zur Linderung der Altersarmut bei Spätaussiedlern hat nun Eingang in das Regierungsprogramm der Unionsparteien gefunden. Dort heißt es nun: „Nachteile deutscher Spätaussiedler in der Rentenversicherung, die aus Änderungen des Rentenrechts resultieren, werden wir beseitigen“: Mitinitiator Diet-

mar Schulmeister von der CDU Leverkusen freut sich: „Die Union setzt hier ein richtiges Zeichen für die Menschen, die unter der



Dietmar Schulmeister

Deckelung der Entgeltpunkte im Fremdrentengesetz leiden und trotz lebenslanger Arbeitsleistung mit einer Rente unter Grundsicherungsniveau rechnen oder leben müssen.“ Für die OMV sei die Beseitigung dieser Ungerechtigkeit schon lange ein wichtiges Anliegen. Man erwarte nun eine Lösung in der nächsten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages.

EINE GUTE BILANZ

Für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten

Liebe Landsleute,

die Bilanz der Unionsparteien für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten im Ausland in der abgelaufenen Wahlperiode kann sich sehen lassen. Viele Anliegen konnten wir umsetzen oder auf den Weg bringen. Dazu gehören:

► Wir haben eine symbolische **Anerkennungsleistung (Entschädigung) für zivile deutsche Zwangsarbeiter** auf den Weg gebracht, die zum und nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unter sowjetischer Herrschaft Zwangsarbeit leisten mussten. Bis dato sind etwa 20.000 Anträge beim Bundesverwaltungsamt eingegangen.

► Die **Neukonzeption der Kulturförderung gemäß § 96 Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG)** wurde maßgeblich von den Unionsparteien vorangetrieben. Darin werden zum ersten Mal die deutschen Minderheiten im Ausland als Träger deutscher Kultur anerkannt. Damit stärken wir die Zusammenarbeit von Heimatvertriebenen und Heimatverbliebenen.

► Wir haben die finanziellen Mittel für die Unterstützung der **kulturellen Arbeit der deutschen Minderheiten in den Heimatgebieten** erhöht. Damit unterstützen wir unsere Landsleute in der Heimat bei ihrem Bestreben, das deutsche Kultur- und Spracherbe sowie ihre deutsche Identität zu pflegen.

► Für die Deutschen aus Russland sowie aus Siebenbürgen (Rumänien) und Oberschlesien (heute Polen) haben wir **Kulturreferentenstellen** eingerichtet. Die kulturelle Arbeit in der Breite soll damit durch gute Projektarbeit unterstützt werden. Das Wissen um die Geschichte und Kultur der Heimatgebiete wird dadurch gestärkt.

► Wir haben das **Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte** in Detmold in die institutionelle Förderung des Bundes übernommen. Damit unterstützen wir die Arbeit zur Erforschung und Präsentation der Geschichte der Deutschen aus Russland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Sie kamen insbesondere nach der politischen Wende in Osteuropa in großer Zahl in die Heimat ihrer Vorfahren zurück und brachten ein umfangreiches kulturelles Erbe mit.

► Den **Nachzug von Familienangehörigen** von Spätaussiedlern haben wir durch gesetzliche Anpassungen erleichtert. Damit können bislang getrennte Familien leichter zusammengeführt werden.

Auch in der nächsten Wahlperiode bleiben die Unionsparteien von **CDU und CSU ein vertrauensvoller und verbindlicher Partner** der Heimatvertriebenen, Aussiedler und unserer Landsleute in den Heimatgebieten im Ausland. Deshalb bitten wir Sie am **24. September 2017 um Ihre Stimmen für die CDU** und ihre Direktkandidaten vor Ort!

+++ TICKER +++



+++ Berlin: Nach ihrem Erfolg vor dem Europäischen Gerichtshof wirbt die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) für ihre Bürgerinitiative „Minority Safepack“. Der Dachverband europäischer Minderheiten will damit erreichen, dass die Rechte nationaler und ethnischer Minderheiten ein höheres Gewicht im europäischen Unionsrecht bekommen. Bislang sind Minderheitenrechte lediglich in Dokumenten des Europarates festgelegt. Im Rahmen des Tages der offenen Tür im Bundesinnenministerium unterschrieb OMV-Landesgeschäftsführer Sebastian Wladar im Beisein des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten (AGDM), Bernard Gaida (2 v.r.), die Initiative. Insgesamt werden eine Million Unterschriften ge-



braucht. **+++ Düsseldorf:** Der stellvertretende Vorsitzende der OMV NRW Rüdiger Goldmann weist nochmals darauf hin, dass die Antragsfrist für die Entschädigung ziviler deutscher Zwangsarbeiter am 31. Dezember 2017 endet. Die Anträge müssen bis dahin eingegangen sein, sonst verfällt der Anspruch. **+++**